

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Kunzigenpreis:

Die einseitige Zeitzeile ab. deren Raum 1. Zeile 100.- M. außerhalb des 1. Zeile 160.- M. einschließl. Inseratentaxe. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Chiffre u. Kunstverteilung 50 Mt. Reklame-Zeile 250 M.

Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatt, der im Falle des Zeitverwehrens einseitig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Verantwortlicher Hr. 4. Für telefonische Aufträge wird telefonische Gewerbe übernommen.

Nr. 96

Neuenbürg, Donnerstag, den 26. April 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

München, 25. April. Im Stadtrat gab es gestern nachmittag eine regelrechte Keilerei zwischen den Kommunisten und den Reichsbrotsozialisten. Bei Schluß der Stadtrats-Sitzung trat in einer Geschäftsordnungsdebatte der Reichsbrotsozialist Stadtrat Maurer den Kommunisten einen Schafstößel genannt. Man warf dabei einen Tintenwischer gegen Maurer. Das war das Signal zu einer allgemeinen Krawallerie, bei der auf Stadtrat Engel mit Messern und Knäulen losgeschlagen wurde. Der erste Bürgermeister schloß die Sitzung.

Kaiserstein, 24. April. Durch Verfüzung der Verwaltungsbehörde ist über Kaiserstein von heute ab eine 6-tägige Verkehrssperre von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verfügt worden.

Darmstadt, 24. April. Im Prozeß des ehemaligen Großherzogs gegen den bayerischen Staat hat das Landgericht Darmstadt heute durch Endurteil den Widerpruch des bayerischen Staats gegen die einstweilige Verfügung auf Zahlung von 30 Millionen an den Großherzog kostenmäßig abgewiesen.

Kaiserstein, 25. April. Hier ist nunmehr auch der 71-jährige zweite Bürgermeister Kelle verhaftet worden, der für den seit Wochen verhafteten ersten Bürgermeister die Geschäfte führte. Die Verhaftung erfolgte, weil Kelle die Verbreitung eines Flugblatts nicht verhindert hat, in dem die Namen von 15 in französische Dienste getretenen Eisenbahnern genannt wurden.

Düsseldorf, 24. April. Auch hier fanden Demonstrationen der Reichsbrotsozialisten statt, die sich zu Straßendemonstrationen ausweiteten. Die Demonstrationen entzogen sich nach den Anweisungen, die laut des tatkräftigen Eingreifens der Schutzpolizei zum Teil unterdrückt wurden, der Festnahme dadurch, daß sie in eine Autogarage der Franzosen flüchteten, wo die Schutzpolizei an der Weiterverfolgung der Flüchtlinge verhindert wurde. Die Demonstrationen fanden also unter dem Schutz der Franzosen.

Münster, 24. April. Haltern wurde gegen 8.30 morgens von französischen Kavallerie und Tanks besetzt. Gegen 9 Uhr zogen die Truppen wieder ab und ließen nur auf dem Bahnhof 13 Mann und am Ausgang der Stadt 30 Mann zurück. Der Tag verlief friedlich.

Berlin, 25. April. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Vaterlandsverräter an Rhein und Ruhr vom 17. April liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie verfährt vor allem die vorübergehende Aufhebung des Artikels 114 der Reichsverfassung, durch den die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person festgelegt ist, und bestimmt, daß Personen, von denen eine Unterdrückung der an dem widerrechtlichen Einbruch in den deutschen Reichsgebiet beteiligten Mächte zu befürchten ist, zur Verhinderung ihres Eintritts in das besetzte Gebiet und zur Verhinderung ihrer persönlichen Freiheit beschränkt werden können. Zur Durchführung dieser Bestimmungen ist ein Regierungskommissar zu ernennen, der der Dienstaufsicht des Reichspräsidenten untersteht, dessen Befehle er ausführen hat. Inwiderhandlungen gegen die Anordnungen des Regierungskommissars werden mit Gefängnis bzw. hohen Geldstrafen bestraft.

Berlin, 25. April. Die deutsche Regierung hat in Paris gegen die Verletzung deutscher Hoheitsrechte durch Ueberfliegen des Reichsgebietes durch französische Militärflugzeuge protestiert. Seit Beginn dieses Jahres sind für alle Flugzeuge der Alliierten alle Vorkautionen weggefallen. Es handelt sich um Flugzeuge der französischen Luftverkehrsgesellschaft, die einen regelmäßigen Dienst nach Prag und Budapest unterhalten.

Sturmabteilungen, Stoßtrupps und Versammlungsfreiheit im bayerischen Landtag.

München, 25. April. Der bayerische Landtag beschäftigte sich gestern nachmittag mit dem sozialdemokratischen Antrag betreffend Auflösung aller Sturmabteilungen und Stoßtrupps und Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit. Abgeordneter Singer (Soz.) erklärte, wenn es mit den Stoßtrupps so weitergehen sollte, könne man zwar schließlich zum Bürgerkrieg. Seine Partei habe die Regierung rechtzeitig gewarnt. Die vaterländischen Verbände hätten tatsächlich die Macht im Staat in der Hand, die Arbeiter würden aber dafür sorgen, daß auch während der Zeit der Gesamtdeutschen gebe. Der demokratische Abgeordnete Dr. Müller betonte, daß seine Partei den Gehorsam des Reichspräsidenten an sich nicht ablehne, doch müsse sich die Staatsoberkeit unterordnen. Die Haltung der Regierung gegenüber den Nationalsozialisten komme einer Verleumdung gleich. Der bauerländliche Abgeordnete Entenberger meinte, die nationalsozialistische Bewegung habe das Land des Bürgerkrieges gebracht. Abgeordneter Scheffer (Republ. Volksp.) die nationalsozialistischen Methoden müßten schon Ende zur Revolution führen. Von der Regierung erwartete keine Partei, daß sie die Staatsoberkeit durchsetze. — Heute Mittwoch wird die Regierung eine Erklärung zu den Anträgen abgeben.

Begehrter Verkauf zur Verhütung der böllischen Redakteure in Bayern.

München, 25. April. In der Angelegenheit der Dalkhoff-Blätter geben die zwei böllischen Redakteure, über die wir wiederholt berichtet haben, sich heute morgen in Wiesbach im Hause des Schlichters Weger eine Hausordnung. Zwei Vollstreckungsbeamten wollten den Redakteuren nach Leipzig abführen. Die Wohnung wurde durchsucht, aber der Redakteur war nicht zu Hause. Die Frau verweigerte jede Auskunft. Der Polizeikommissar erklärte darauf, Herr Weger müsse doch freiwillig nach Leipzig kommen, er würde höchstens eine Geldstrafe bekommen. Die Sache wurde niedergelassen. Der Haftbefehl würde in einen Steckbrief umgewandelt und dann würden auch die in Gefahr kommenden, welche Weger beifällig seien. Das Haus, in dem Weger

wohnt, war von zwei weiteren Kriminalbeamten bewacht. Man muß annehmen, daß wohl auch versucht worden ist, gegen den Redakteur Eduard des „Böllischen Beobachters“ in München den Haftbefehl durchzuführen. Ob und mit welchem Erfolg, wird man wohl im Laufe des heutigen Tages hören.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. April. Der Reichstag setzte heute die zweite Beratung des von den Mittelparteien beantragten Gesetzes gegen Verfassungsverletzung fort, das für solche Delikte Gefängnisstrafen und Geldstrafen bis zu einer Million vorsieht. Die Abgeordneten Weizsäcker und Crippien haben den vom Ausschuss bereits abgelehnten Antrag, daß Beamte, die ihre gemäß dem Gesetz über den Schutz der Republik übertragenen Pflichten unbeachtet lassen, oder ihre Rechte mißbrauchen, mit Gefängnis oder Hausarrest bestraft werden sollen, wieder eingebracht.

Abgeordneter Vogel-Frank (Soz.) lehnte den Gesetzesentwurf ab, der nichts mit dem Schutze der Republik zu tun habe, wohl aber die tatsächlichen und rechtswidrigen Verbrechen schütze. Der Redner schilderte die Verhältnisse in Bayern, wo in verbrecherischer Weise mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt werde, und griff die bayerische Regierung wegen ihrer Haltung gegenüber den Nationalsozialisten fertig an. — Abgeordneter Deming (D.Völk.) stimmte der Vorlage zwar zu, obwohl er gegen Einzelheiten Bedenken hegt, und hofft, daß das Gesetz nach allen Richtungen angestrebt werde. Er nahm seine Partei gegen die Angriffe des Ministers Seegering im preußischen Landtag in Schutz und betonte, daß auch nicht der leiseste Grund bestehe, auf Ausschließung seiner Partei zu schließen. Das Material Seegerings bestehe nur aus einem phantastischen Plan, den ein Deißhorn zum Sturze des Ministers Seegering dem Abgeordneten Müller eingebracht, dem dieser aber keine Beachtung geschenkt habe. Als der Redner weiterhin die Angriffe gegen den Minister Seegering richtete, kam es auf der linken zu großen Rärmereien, so daß der Redner schließlich das Rednerpult verließ. Bayerischer Gesandter von Preger betonte, gegenüber einem Vorwurf des Abgeordneten Vogel, daß in Bayern volle Versammlungsfreiheit bestehe, was der folgende Redner, Abgeordneter Kemmle (Komm.) als Unverschämtheit bezeichnete. Abgeordneter Dr. Weizsäcker forderte unter scharfen Angriffen gegen die bayerische Regierung und die bayerischen Gerichte, daß der Reichspräsident die Autorität des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik auch in Bayern durchsetze. Reichspräsident Dr. Brüning begründete den Entwurf als Maßnahme an die Öffentlichkeit, daß Rechtsgut der Versammlungsfreiheit besser als bisher zu achten. Die Reichsregierung werde diese Verbesserung des Strafgesetzes unparteilich nach rechts und links anwenden. Die bayerische Justizverwaltung habe versichert, daß die Dalkhoff-Blätter in Bayern vollstreckt würden. Abgeordneter Reich (Bayer. V.) erklärte, daß die Verhältnisse in Bayern außerordentlich schwierig seien. Seine Partei liege gegen die nationalsozialistische Bewegung, weil sie letzten Endes zur Revolution treibe. Abgeordneter Dr. Weizsäcker sagte, es sei kein Zweifel, daß alle französischen Projekte zur Reichsregierung nach Bayern weisen. Es sei nicht das erste Mal, daß das Haus Wittelsbach eine Krönung aus französischer Hand erhalte. — Ueber einen eingebrachten Antrag Dittmann (Soz.) auf Abweisung des Entwurfs an den Ausschuss wird am Antrag des Abgeordneten Schütz, Brönders, (Deutschn.) namentlich abgestimmt, wobei der Antrag Dittmann mit 136 gegen 148 Stimmen abgelehnt wurde.

Abgeordneter Dittmann (Soz.) beantragte nun Vertagung der Abstimmung und bewieselte, nachdem die Linke den Saal verlassen hatte, die Beschlußfähigkeit des Hauses, die sich auch bei der nachfolgenden Abstimmung über den Vertagungsantrag herausstellte. In der um 7 Uhr vom Präsidenten Löbe auf 7/8 Uhr angeordneten neuen Sitzung schloß dieser Vertagung auf 1/8 Uhr angeordnete neue Sitzung vor, in der die heute abgeordnete Beratung zunächst fortgesetzt werden soll. Abgeordneter Müller-Frank (Soz.) bewieselte, daß die Vorlage morgen leichter als heute verabschiedet werden könne, weshalb er beantragte, ihre Beratung statt an die 8. oder 9. Stelle der Tagesordnung zu legen, doch wurde der Antrag Müller von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, so daß also die Beratung des Versammlungsfreiheitgesetzes morgen fortgesetzt wird.

Kurze Unterbrechung der Reichstagsberatungen.

Berlin, 24. April. Der Reichstag wird nach den heutigen Beschlüssen des Reichstages morgen die letzte Sitzung vor der kurzen Pause in den Plenarsitzungen abhalten, die bis zum zweiten Mal ein Antrag der demokratischen Fraktion erledigt werden, wonach die Regierung das Ausland schleutend darüber ausführen soll, in welchem Umfange das deutsche Volk vermöge durch die bisherigen Reparationsleistungen, durch die Entwertung der Markwährung und durch die finanziellen Eingriffe in die Substanz verringert und dadurch die Leistungsfähigkeit Deutschlands geschwächt ist. Außerdem soll vor der Pause noch erledigt werden: Der 12. Nachtragsetat für 1922, einige Anträge über Zielungsfragen und Erwerbslosenfürsorge, ein kommunistischer Antrag auf Freigabe des Königsplatzes für Demonstrationen aus Anlaß des Arbeiterkongresses, ein Gesetz wegen der Feiertage und Gedenktagen und endlich die Entschädigung des Reichswirtschaftsministeriums und Reichswirtschaftsrats. Nach der Pause soll am dritten Mal die Interpellation wegen der Deutschvölkischen Arbeiterpartei und am vierten Mal die dritte Lesung des Gesetzes über den Schutz der Versammlungen vor gewalttätigen Eruptionen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Angedacht keine sozialdemokratische Obstruktion.

Berlin, 25. April. Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte gestern bei der Beratung des Sprengungsgesetzes keine Obstruktion getrieben. Es bestünde bei ihr nicht die Absicht, den Gang der parlamentarischen

Rechtsprechung zu stören und die Mehrheit an der Ausführung ihrer Absichten zu hindern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte es nur abgelehnt, „für die schmächtlichen bürgerlichen Abgeordneten die Ermahnungen zu stellen, um die Beschlußfähigkeit aufrecht zu erhalten und dieses schlichte Gesetz zustandzubringen.“ Dazu bemerkt das Stuttgarter Tagblatt: In Wahrheit glich, was die Sozialdemokraten gestern im Reichstag betrieben, der Obstruktion wie ein Ei dem andern, und was das „schlichte Gesetz“ angeht: auch die Sozialdemokraten haben den kommunistischen Terror oft genug empfunden, aber es liegt an ihrer Politik mit doppeltem Boden, daß sie in solchen Fällen vor der Öffentlichkeit immer die „proletarische Einheitsfront“ mimen.

Neue Ausschreitungen von Arbeitslosen.

Berlin, 25. April. Es liegen Nachrichten vor von weiteren Ausschreitungen „Arbeitslosen“, in Rülheim zu Gewalttätigkeiten übergegangen. Von Rottbäumen, wo sich das Vorbanden sein einer aktiven revolutionären Organisation vor einigen Wochen gezeigt hatte, ist Bezug nach Rülheim festgestellt worden. Man muß also mit dem Weiterbrennen der kommunistischen Unternehmungen rechnen. Es handelt sich dabei um Elemente aus der Gegend der Ruhrarbeitslosigkeit, deren sich die Leitung dieser Unruhen bedient, indem sie sie als „Arbeitslose“ ausfüllt. In Wahrheit sind es Leute, die die Annahme von Arbeit grundsätzlich zu verweigern pflegen. Diese Ausschreitungen sind in allen Städten des Ruhrgebietes gemacht worden. Ueberdies geben die an die Arbeitslosen bezahlten Beträge in verschiedenen Fällen über die Höhe der wirklich Arbeitenden hinaus, was allerdings die verkehrte Welt ist. Die organisierte Arbeiterkraft hält sich von diesem verbrecherischen Unfug fern. Dennoch bleibt er natürlich überaus gefährlich.

Kein zahlenmäßiges deutsches Reparations-Angebot.

Berlin, 25. April. Der Reichszentralrat hat gestern vormittag, wie bereits gemeldet, die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einer Aussprache über die durch die Rede Curzons geschaffene Situation eingeladen. Dabei ist neben der Frage der Währungsreform die gesamte politische und wirtschaftliche Lage erörtert worden. Nachmittags hat dann Dr. Curzon vornehmlich mit führenden Finanzleuten verhandelt. Heute, vielleicht auch morgen erst, sollen die Parteiführer vom Reichszentralrat eingeladen werden. Bindende Beschlüsse sind, wie wiederholt betont sein mag, bisher noch nach keiner Richtung hin gefaßt worden. Immerhin ist es bemerkenswert, daß es jetzt selbst der Sozialdemokratie anzugehen scheint, wie schwer es für die Regierung im gegenwärtigen Augenblick sein dürfte, eine bestimmte Zahl zu nennen. Der „Vorwärts“ meint, die endgültige Schätzung könnte einem internationalen Gremium überlassen werden, wie es ja auch Lord Curzon in seiner Rede angedeutet hätte. Damit berührt sich die Sozialdemokratie mit Auffassungen, die auch in Kreisen bürgerlicher Politiker geübt werden. Es scheint aber auch, als ob man in England die weitere Entwicklung in dieser Richtung suchte. So wird der „Post“ aus London gemeldet, man nehme auf englischer Seite jetzt allgemein an, daß unter den von Curzon angekündigten Autoritäten, welche die deutsche Zahlungsfähigkeit abschätzen sollen, nicht mehr die Reparationskommission, sondern ein wahrhaft internationaler Ausschuss, zusammengesetzt wie das Komitee in Paris tagende Morgan-Komitee, zu verstehen sei. Dieser Komposition muß aber vorerst ein großes Fragezeichen gesetzt werden. Im übrigen steht das Situationsbild, das der, was England angeht, gewiß unverbürgte Korrespondent der „Post“ heute gibt, erheblich anders aus, als die gestern übermittelten englischen Pressestimmen. Von gut unterrichteter englischer Seite, heißt es da, wird mit Nachdruck betont, der Rat Curzons an Deutschland, der bereits vor Wochen deutschen amtlichen Stellen vertraulich zur Kenntnis gebracht worden sei, dürfe nicht als eine Aufforderung zur Kapitulation angesehen werden. Ohne sich zur aktuellen Vermittlung zu erziehen, habe England deutlich zu verstehen gegeben, welche Gesichtspunkte auf Seiten der Alliierten für die Beurteilung eines deutschen Angebotes maßgebend sein würden. Diese Darstellung operiert allerdings sehr summarisch mit dem Begriff der „Alliierten“. Am französischen Lager sieht man, wie gestern der „Times“-Korrespondent darlegte, die Frage mit wesentlich anderen Augen an.

Ausland.

Rom, 25. April. Kardinal Schulte ist am Montag eingetroffen und gestern vom Papst in längerer Privataudienz empfangen worden. Der Kardinal wird auch der am 29. April stattfindenden Seligsprechung der französischen Nonne Theresie beistehen, zu welcher eine Reihe französischer Kirchenfürsten erscheinen werden. Man spricht davon, es sei beabsichtigt, zwischen Schulte und den Franzosen eine Aussprache herbeizuführen, welche zur Schlichtung der zwischen dem Bischof von Orleans, Touchet und dem Kardinal Schulte entstandenen Meinungsverschiedenheiten beitragen solle.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung am 24. April.) Zurzeit wurden in Anwesenheit der Geistlichen beider Konfessionen Armenfachen erledigt.

Zufolge neuerer Verfügung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens wurden die Schulgelder neu festgelegt mit Wirkung vom neuen Schuljahr ab, und zwar für: die monatliche jährlich 9000 Mark, Zuschlag für Auswärtige 6000 Mark, die Gemeindefürsorge jährlich 1000 Mark, Zuschlag für Auswärtige 25 Prozent, die Frauenarbeitsstätte jährlich 12000 Mark, Zuschlag für Auswärtige 9000 Mark. Das Verbleibungsgeld für die 3 Ligenböde

mit dem Abwehrkampf gar nichts zu tun. Abgeordneter Müller-Franken (Soz.) erklärt, mit dem Antrag auf Zurückverweisung des Entwurfs an den Ausschuss biete seine Partei den anderen Parteien die Möglichkeit einer Verständigung. Abgeordneter Kemmele (Komm.) billigt die Erklärungen der Sozialdemokraten und unterstützt deren Antrag, während die Abgeordneten Leicht (Bayer. Vpt.), Dr. Kahl (V. Volksp.) Andre (Zentr.) und Behrends (N.) zum Teil in scharfen Wendungen den Sozialdemokraten das Recht abstritten, im Namen der Arbeiter zu handeln. Die Obstruktion der Sozialdemokraten verschärfte in ungewöhnlicher Weise die Situation. In namentlicher Abstimmung wurde nur mit 200 gegen 144 Stimmen der Antrag Dittmann auf Zurückverweisung an den Ausschuss abgelehnt. Abgeordneter Dittmann (Soz.) stellte hierauf den Antrag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzuhängen und beauftragte gleichzeitig die Beschlussfähigkeit des Hauses, währenddessen die meisten Abgeordneten der Linken den Saal verließen. Abgeordneter Schulz-Bromberg (N.) beantragte namentliche Abstimmung über diesen Antrag Dittmann. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der Zulässigkeit einer namentlichen Abstimmung und nachdem von verschiedenen Seiten die durch die Geschäftsordnung gegebenen Mittel benützt worden waren, um ein Ergebnis zu erzielen, wurde schließlich in namentlicher Abstimmung der Vertagungsantrag mit 201 gegen 139 Stimmen abgelehnt. Nach Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Herz (Soz.), der in den heftigen Auseinandersetzungen den Beginn der endgültigen Trennung der Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien sieht, sprach Reichsminister des Innern Dr. Dezer den Wunsch aus, daß der Reichstag nicht unter dem Eindruck der Dinge, wie sie heute vorgekommen seien, auseinandergehen möge. Die Regierung sei gerne bereit, einen Weg zu beschreiten, der die Parteien wieder zusammenführe. Wenn der Reichstag die verstärkten Maßnahmen zum Schutze der Versammlungen jetzt beschließen, dann werde die Regierung selbst nach Mitteln suchen müssen zur Sicherung der Versammlungsfreiheit, die heute nicht überall besteht. Auf eine diesbezügliche Bemerkung des Abgeordneten Kemmele (Komm.) erklärte der Minister weiter, daß, wenn der Versammlungsschutz gewährleistet sei, die Reichsregierung auch in Bayern an Durchführung der verfassungsmäßigen Rechte dringen werde. Die bür-

gerlichen Parteien beantragten inzwischen, daß alle Abstimmungen namentlich sein sollten. Bei der Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag auf Milderung der Bestimmungen verließ die Linke den Saal. Der Antrag wurde mit 199 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dadurch ist die Beschlussfähigkeit des Hauses gegeben, weshalb Präsident Lohde für eine halbe Stunde später eine neue Sitzung anberaumte, in der die übrigen Gegenstände der Tagesordnung beraten werden sollten. In dieser neuen Sitzung wurde in erster und zweiter Lesung der 12. Rathstagesatz debattelos angenommen, der u. a. 400 Milliarden zur Sicherung der Volksernährung vorsieht. Die Novelle zur Erwerbslosenfürsorge, wonach die Krankenversicherung des Erwerbslosen aufrecht erhalten wird, fand gleichfalls Annahme. Darauf vertagte sich das Haus auf den 3. Mai, nachmittags 2 Uhr. Für diese Sitzung stehen die Interpellation über die Auflösung der Deutschösterreichischen Freipartei und die vorläufig gesicherte Vorlage zum Schutze von Versammlungen auf der Tagesordnung.

Berlin, 2. April. Im Hausbaltungsanschlag des Reichstags wurden die im Haushalts zur Ausführung des Friedensvertrags eingeleiteten 16,5 Milliarden beim Reichswehrministerium zur Gewährung von Mitteln an Fabriken, die zur Herstellung von Waffen, Munition und Meeressgerät zugelassen sind, auf Antrag eines Vertreters des Reichstags in Folge der Geldentwertung auf 2,5 Milliarden Mark erhöht. Es handelt sich hierbei um die Umstellung von Fabriken, die von der Entente zur Herstellung von Seereserve zugelassen sind, sich aber bisher nur wenig mit Seereserveleistungen befaßt hatten.

Entente-Zugehörigkeit in Amerika in der Frage der Besatzungskosten.

Paris, 2. April. Die „Chicago Tribune“ meldet: Die Vertreter der Alliierten im Pariser Ausschuss zur Regelung der amerikanischen Besatzungskosten sollen die von den Vereinigten Staaten verlangte unbedingte Priorität ihrer Besatzungskosten für die gesamte Zahlungsperiode von 12 Jahren so gut wie zugesichert haben. Der Vorschlag von alliierter Seite, den Unterstaatssekretär Woodworth gestern und heute nach Washington telegraphierte, machte zwar noch einige Vorbehalte. Man betrachtete jedoch in amerikanischen Kreisen das Angebot als recht befriedigend.

Französische Ablehnung des deutschen Angebots zum Wiederaufbau.
London, 2. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Mail“ meldet aus Paris: In französischen diplomatischen Kreisen hätte man es für gewöhnlich maßgebende deutsche Angebot keine genügend ernste Übernahme von der französischen Regierung einfach abgelehnt werden würde. Der Korrespondent erhält die Mitteilung, daß die französische Regierung es mit der Einleitung von Verhandlungen nicht eilig habe, daß ein starker Druck die allmähliche Verlegung der deutschen Industrie herbeiführen werde, was die Reichsregierung zu ehrenhaften und vernünftigen Bedingungen gebracht werden könnte. Nebenbei äußert sich der „Daily Mail“: Nach diesem Blatt erklärt man am 2. April, daß ein Vorschlag zur Bezahlung von 30 Milliarden durch die deutsche Regierung zurückgekehrt würde, auch wenn Vorschlag von einer Garantie von 99 Jahren für die Sicherheit der französischen Grenze begleitet wäre.

Ein Generalrat gegen die französische Ruhrpolitik.

Paris, 2. April. Der Generalrat des Deutschen Volksvereins hat eine gegen die Ruhrpolitik der Alliierten gerichtete Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Es geht davon aus, daß das sichere wirtschaftliche Gedeihen des Reichs nur durch eine friedliche und vollkommen auf Gleichberechtigung beruhende Politik erzielt werden könne. Die Resolutionen dauert schließlich, daß die Regierung sich an allen berechtigten Interessen der internationalen Lage diplomatisch, wirtschaftlich und wirtschaftlich kompliziert hätte. Für Frankreich nur Meinungsverschiedenheiten mit den Alliierten, erhebliche finanzielle Ausgaben und wirtschaftliche Nachteile, vor allem die Hinanzögerung des Wiederaufbaus, aus dieser Alliierten wachsen. Der Generalrat fordert die Regierung auf, vernünftigen Vorschlägen Gehör zu schenken, und stellt folgende Bedingungen: 1. Rasche Regelung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete, 2. eine Friedensgarantie mit Hilfe eines des, dessen Durchführung der Kontrolle des Völkerrechts unterstellt wäre und der ein Angriffsverbot enthält, 3. Entmilitarisierung einer breiten Zone, 3. Revision der Versailler Verträge.

Schweinepeste.

Unter dem Schweinebestand des Händlers Buchter und der Witwe Rübner in Arndach ist der Ausbruch der Schweinepeste festgestellt. Einzelne mit demselben Transport eingeführte und nach Conweiler bzw. Waldrennach verbrachte Tiere wurden bis jetzt noch nicht befallen. Die Disziplinbehörden wollen den Seuchenausbruch alsbald ortsbüchlich bekannt machen.

Neuenbürg, den 26. April 1923.

Oberamt:
Waaner.

Wirt. Amtsgericht Neuenbürg.

Zu das Handelsregister wurde am 14. April 1923 eingetragen: Abt. f. Einzelfirmen, bei der Firma Wilhelm Bürkle, Holzhandlung in Birkenfeld, Inhaber Wilhelm Bürkle, Holzhandlung in Birkenfeld: Die Firma ist erloschen. Abt. f. Ges.-Firmen, neu: Die Firma Wilhelm Bürkle, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Birkenfeld. Gegenstand des Unternehmens ist der Holzhandel und der Betrieb von Hobel- und Sägewerken, sowie aller einschlägigen Geschäfte, die geeignet sind, das Unternehmen zu fördern. Die Ges. Utschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu gründen und sich an anderen Unternehmungen zu beteiligen oder dieselben zu erwerben. Das Stammkapital beträgt 6 Mill. Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. März 1923 abgeschlossen und am 10. April 1923 abgeändert worden. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Sind mehrere Personen zu Geschäftsführern bestellt, so kann jeder Geschäftsführer und auch jeder Prokurist der Gesellschaft dieselbe wirksam vertreten. Geschäftsführer sind: Wilhelm Bürkle, Kaufmann, Oskar Bürkle, Kaufmann, Karl Boffert, Kaufmann, alle in Birkenfeld. Nicht eingetragen: Der Gesellschafter Wilhelm Bürkle bringt die auf der Grundlage der Bilanz seines bisherigen Einzelunternehmens Wilhelm Bürkle, Holzhandlung in Birkenfeld, per 31. Dezember 1922 festgelegten Aktien und Passiven in die Gesellschaft ein mit der Maßgabe, daß von den Bilanzaktiven nicht eingebracht werden: Das Privatwohnhaus mit Scheuer, das zu diesem gehörige Grundstück, die landwirtschaftlichen Grundstücke, das Vieh, in Birkenfeld. Für die Aktien ist ein Einbringenswert von zusammen 58 699 463 M. 17 Pf. festgesetzt. Dem gegenüber stehen Passiven in Höhe von 48 367 553 Mark. Die Gesellschaft ist weiter verpflichtet, verschiedene Verbindlichkeiten für Hrn. Wilhelm Bürkle, höchstens aber 6 331 910 Mark 17 Pf. zu zahlen. Durch den verbleibenden Rest mit 4 000 000 M. ist die Einlage des Herrn Wily. Bürkle vollkommen geleistet. Die Geschäfte des bisherigen Einzelunternehmens gelten ab 1. Januar 1923 für Rechnung der G. m. b. H. geführt. Bekanntmachungsblatt: Reichsanzeiger.

Wir suchen zur gründlichen Ausbildung

zwei Kettenmacherinnen- und ein Poliermaschinen-Lehrmädchen.

Adam & Vollmer,
Bijouterie- u. Kettenfabrik,
Birkenfeld, Goethestraße 7.

Grosser Sonder-Verkauf

zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen. Auf vielseitigen Wunsch ist der Verkauf verlängert solange der Vorrat reicht.

Große Posten

Reinwollene Herren-Anzug- und Kostüm-Stoffe.

140/145 cm breit.

Metre M. 28 000, 22 000, 21 500, 19 000, 18 000, 15 000, 14 000, 12 500, 9 000.

Frankfurter billiger Massenstoffverkauf in Pforzheim,

Tel. 1652. Deimlingstr. 20, Ecke Waisenhausplatz, im Weinschwert. Tel. 1652

Schuhwaren-Ausverkauf.

Infolge Umstellung meines Betriebs auf Fabrikation verkaufe solange Vorrat:
Herren-, Damen-, Knaben-, Mädchen- und Kinderstiefel, schwarz- und farbig, in jeder Größe und Aus- führung, sowie Spangens- und Halbschuhe, Sandalen, Segeltuch-, weiße Leinen-, Hauschuhe etc.,

alles in größter Auswahl bei billigsten Preisen
Schuh-Geschäft Gottlieb Bürkle,
Bad Liebenzell.

Sonntags ist mein Geschäft geschlossen.

Wir kaufen gegen sofortige Kasse Tannen-, Fichten- und Forchen-Schnittwaren u. Rundholz in allen Abmessungen

und bitten Angebote unter Nr. 38 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Verlobungs-Anzeigen

in Karten und Briefform
liefert rasch und preiswert
C. MEER'sche Buchdruckerei,
Inh. D. Strom.

Stuttgarter
Neues Tagblatt
Ehemaliges
Handels- und
Wirtschafts-Zeitung
Königsplatz
Enztal-
Anzeigerblatt

Schönbürg.
Guterhaltener, vollständiges
Bett
(Holz) sofort zu verkaufen.
Näheres in der Enztäler-
Geschäftsstelle.

Feldrennach.
Zugelaufen
ist mit ein braun-roter Jagd-
hund. Abzuholen gegen Ein-
rückungsgebühr und Futtergeld
innerhalb drei Tagen bei
Groß Mauer.

**Marmor-
Garnitur,**
neu, komplett, preiswert zu
verkaufen
Zu erfragen in der Geschäfts-
stelle des „Enztäler“.



**Schuhschuh
Pilo**

Wir alle sparen
unser Geld mit
Pilo
das die Schuhe
erhält

Christoph
bei Wildbad.
Verkaufe ein


gut geeignet für Landarbeit
sowie einen noch ziemlich
erhaltenen

**Milch- oder
Mehrer-Wagen**
Friedrich
„Auerhahn“

Wildbad.
**Zimmermädchen,
Kochfräulein,
ältere Frau oder
Mädchen
für Küche**
sucht für sofort
Fremdenheim Groß-
G. Mauer,
Telefon Nr. 34.
Konto-Büchlein
empfiehlt
C. Meer'sche Buchdruckerei

Großer, gebrauchter
Skleiderkasten
zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der
Geschäftsstelle.



Dixin das dankbare
Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIG HERGESTELLT
HENKEL & CO., DUSSELDORF